

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jörn König, Andreas Mrosek, Andreas Bleck,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/19161 –

Angemessene Prämien für Olympiasieger, Paralympicssieger, Medaillengewinner und Platzierte für Tokio 2021

A. Problem

Sport leistet neben Kunst, Kultur und Wissenschaft einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und Kooperation auf internationaler Ebene. Im August und September 2021 finden die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele in Tokio statt. Ein deutscher Olympiasieger bzw. Paralympicssieger erhielt für Rio 2016 eine Prämie von 20.000 Euro für den Sieg. Andere, mit Deutschland gut vergleichbare, Länder der Europäischen Union haben deutlich höhere Prämien für ihre Spitzensportler ausgelobt. Ob die Prämie steuerpflichtig ist, entscheiden die jeweiligen Finanzbehörden. In Italien bekommt ein Olympiasieger 150.000 Euro einmalig und zusätzlich 120.000 Euro auf vier Jahresraten verteilt. In Griechenland erhalten Olympiasieger 190.000 Euro, in Lettland 140.000 Euro und in Litauen sind es 115.800 Euro zuzüglich eines Autos. Polen vergibt eine Sofortprämie von 50.000 Euro, dazu kommt ab dem 40. Lebensjahr eine monatliche, lebenslange, steuerfreie Rente in Höhe von 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten entstehen angelehnt an die Erfolge deutscher Athletinnen und Athleten der Olympischen und Paralympischen Spiele in Rio de Janeiro 2016 in Höhe von prognostiziert 6 Mio. Euro. Weitere Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/19161 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Sportausschuss

Dagmar Freitag
Vorsitzende

Eberhard Gienger
Berichterstatter

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Monika Lazar
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Eberhard Gienger, Mahmut Özdemir (Duisburg), Jörn König, Britta Katharina Dassler, Dr. André Hahn und Monika Lazar

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 19/19161** in seiner 160. Sitzung am 14. Mai 2020 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag tragende Fraktion stellt fest, dass deutsche Athletinnen und Athleten, die bei Olympischen und Paralympischen Spielen Medaillen gewinnen oder Platzierungen bis Platz 8 erreichen, im Vergleich zu anderen Ländern geringere Prämien erhalten.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

1. die Deutsche Sporthilfe zu bitten, die Prämien für Olympiasieger/Paralympicsieger, Medaillengewinner und Platzierte bis zum 8. Platz auf jeweils das Fünffache zu erhöhen, also im Einzelnen: Gold 100.000 Euro, Silber 75.000 Euro, Bronze 50.000 Euro, Vierter Platz 25.000 Euro, Fünfter Platz 20.000 Euro, Sechster Platz 15.000 Euro, Siebenter Platz 10.000 Euro, Achter Platz 7.500 Euro als Prämie auszuloben;
2. durch Bereitstellung der voraussichtlich dafür notwendigen sechs Millionen Euro an Prämien, basierend auf einer Wiederholung des Erfolges von Rio 2016, dafür zu sorgen, dass der Deutschen Sporthilfe die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
3. Olympiaprämien und Paralympicsprämien steuerfrei zu stellen.

Für die Details zu den einzelnen Maßnahmen wird auf die Drucksache 19/19161 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 19/19161 in seiner 95. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/19161 in seiner 65. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/19161 in seiner 50. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass die im AfD-Antrag geforderte Erhöhung der Prämien für Sieger und Platzierte bei den nächsten Olympischen und Paralympischen Sommerspielen 2021 in Tokio aufgrund des umfassenden Fördersystems in Deutschland nicht geboten sei und darüber hinaus gefährliche Fehlanreize setze. Neben den bestehenden Prämien bei Olympischen Spielen und Paralympics seien die in Deutschland bestehenden, vielfach gegliederten Fördermöglichkeiten zu beachten, die sich – entgegen der Fokussierung auf die Auszahlung einer einmaligen Prämie – über die gesamte Laufbahn der Athletinnen und Athleten erstreckten. So seien in diesem Kontext beispielsweise die Sportförderstellen bei der Bundespolizei, dem Zoll und der Bundeswehr zu nennen, die neben der Absicherung zur aktiven Zeit als Spitzensportler/-in eine gleichzeitige berufliche Ausbildung

bzw. Weiterqualifikation ermöglichen und spätere, attraktive Anstellungschancen böten. Die Unterstützung der Dualen Karriere spiele an Hochschulen und Universitäten ebenso eine wichtige Rolle, wie auch eine „Nachaktiven-Förderung“ durch das Programm „Sprungbrett“. Die breite Unterstützung der Stiftung Deutsche Sporthilfe durch die Bundesregierung bzw. den Beschluss des Deutschen Bundestages könne hier ebenso angeführt werden. Der Bund beteilige sich damit wesentlich an der unmittelbaren Athletenförderung, stärke durch eine finanzielle Hilfe die unabhängige Athletenvertretung und Sorge mit der geplanten Altersvorsorge für eine umfassende Betrachtung der gesamten Athleten-Laufbahn. Bei einer punktuellen Anhebung der Prämien für Sieger und Platzierte bei Olympischen Spielen und Paralympics bestünde hingegen die Gefahr, dass gefährlichen Fehlanreizen – im Sinne einer nicht intendierten Begünstigung von Dopingmissbrauch – Vorschub geleistet werden könnte. Vor dem Hintergrund der aufgeführten, gewichtigen Gründe sei die AfD-Initiative abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass der Leistung der Athletinnen und Athleten sowie der gesellschaftlichen Rolle des Spitzensports auf internationaler Ebene eine hohe Bedeutung beigemessen werde. Die Fokussierung staatlicher Förderung der Athletinnen und Athleten auf ein einzelnes Ereignis wie die Olympischen bzw. Paralympischen Spiele sowie die dafür ausgelobten Prämien griffen zu kurz. Vielmehr sei das Gesamtpaket zu betrachten, mit dem Sportlerinnen und Sportler in Deutschland während der gesamten Karriere gefördert und unterstützt würden. Neben Elementen der mittelbaren und unmittelbaren Förderung der Athletinnen und Athleten (z.B. direkte finanzielle Zuwendungen, Förderung einer unabhängigen Athletenvertretung, Duale Karriere usw.) stünden im Bundeshaushalt rund 150 Millionen Euro alleine für die Förderung des Leistungssportpersonals und der Lehrgangs- und Wettkampfmaßnahmen der Spitzenverbände sowie des Stützpunktesystems bereit. Die Athletinnen und Athleten sollten durch bestmögliche Trainings- und Wettkampfbedingungen möglichst optimal auf internationale Wettkämpfe vorbereitet werden. Auch dieser Aspekt sei als Teil des Gesamtbilds der Förderung des Spitzensports durch den Bund zu berücksichtigen. Eine Fokussierung auf die finanziellen Zuwendungen durch Platzierungen bei großen internationalen Turnieren greife zu kurz und spiegele nicht ansatzweise die Förderung des Leistungssports in Deutschland wieder.

Die **Fraktion der AfD** hält eine deutliche Anhebung der Prämien für Olympia- und Paralympics-Sieger und -Medaillengewinner für dringend geboten. Diese Prämien sei in Deutschland, im Vergleich mit anderen europäischen Ländern (Beispiele Italien 150.000 Euro, Griechenland 190.000 Euro, Lettland 140.000 Euro), lächerlich gering. Der Antrag habe das Ziel, dass die Prämien auf ein angemessenes Niveau angehoben würden. Die Prämien sollten neben Anreiz auch Anerkennung sein, für jahrelange Arbeit, Entbehrungen und Nachteile, die die Sportler auf sich genommen hätten. Allein die Nachteile für die spätere berufliche Karriere der Sportler summierten sich (nur den finanziellen Bereich betrachtet) oft zu einem Betrag, der die im Antrag geforderte Olympiaprämie deutlich übersteige.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass die im Antrag geforderte Erhöhung der Prämien für Sieger und Platzierte der Olympischen als auch Paralympischen Spiele vor dem Hintergrund, dass der Antragssteller nur auf die Spiele 2021 in Tokio eingehe, unvollständig sei. In diesem Zusammenhang sei die Deutsche Sporthilfe gefordert, eine Erhöhung der Prämien zu prüfen und inwieweit mit Eigenmitteln eine zusätzliche Finanzierung dargestellt werden könne. Im Anschluss daran sei dem Sportausschuss durch die Deutsche Sporthilfe ein Verfahrensvorschlag zu machen, welcher schließlich durch den Sportausschuss selbst zu prüfen sei. Da Prämienzahlungen auch immer im Zusammenhang des Erbringens einer Leistung stünden und die Leistungserbringung somit vergütet werde, könnten Prämien nicht steuerfrei gestellt werden. Aufgrund der inhaltlichen Unvollständigkeit, die der Antrag aufweise, lehne die FDP-Fraktion diesen daher ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. verwies darauf, dass seit den Winterspielen 2014 Prämien für Medaillengewinner/-innen bei Olympia und bei den Paralympics in gleicher Höhe gezahlt würden – dafür habe auch DIE LINKE. viele Jahre immer wieder beharrlich gekämpft. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. sei die derzeitige Prämienhöhe angemessen. Wichtiger seien eine angemessene finanzielle Absicherung der Sportlerinnen und Sportler während der aktiven Laufbahn, Unterstützungen für eine Duale Karriere sowie eine Altersvorsorge, bei der auch für die Zeit der aktiven Laufbahn entsprechende Rentenleistungen gewährt würden. Fehlende Sachkenntnis der AfD werde bei diesem Antrag an mehreren Stellen deutlich. Sie wisse anscheinend nicht, dass die Prämien für Sportler/-innen und Trainer/-innen aus unterschiedlichen Töpfen kämen, dass wegen der kleineren Starterfelder für Platzierungen bei den Paralympics keine Prämien gezahlt würden und es gehe in ihrem Antrag auch nur um Prämien für Männer. Deswegen lehne Fraktion DIE LINKE. den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf die ihrer Ansicht nach bereits angemessene Höhe des aktuellen Prämienkataloges. Mit der jahrzehntelangen Praxis der Stiftung Deutsche Sporthilfe, die über die Höhe der Prämien entscheide, seien Spitzensport und Politik gut gefahren. Zumal neben den Prämien auch weitere Unterstützungsleistungen sowohl von der Sporthilfe als auch vom Staat bereitstünden. Eine Steuerbefreiung für Prämien lehne man darüber hinaus wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Steuerrecht ab.

Als Ergebnis der Beratung empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 19/19161 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Eberhard Gienger
Berichtersteller

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichtersteller

Jörn König
Berichtersteller

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichtersteller

Monika Lazar
Berichterstatterin

